

# **General und Kardinal - Politik und Unpolitik in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts**

Zum 65. Todestag Erich Ludendorffs am 20. Dezember 1937  
(6. Fortsetzung)

Von Dr. Gunther Duda

## **VII.**

### **Das „neue christliche Reich Deutscher Nation“<sup>41)</sup>**

Hitler hat nie geleugnet, diktatorisch herrschen zu wollen. Als Führer der stärksten Partei war er zwar formaldemokratisch Reichskanzler geworden, keineswegs aber im Sinne einer Herrschaft durch und für das eigene Volk. Nun wollte er, nicht anders wie sein Vorbild Mussolini, „legal“ regieren, und dies völlig unabhängig von Wahlen, Volksvertretung und Reichspräsidenten. Um das zu erreichen, mußten ihm die sich demokratisch nennenden Parteien des Reichstages einen Blankoscheck zur Alleinherrschaft verabreichen, das verhängnisvolle „*Ermächtigungsgesetz*“.

Sein Sieg in den letzten freien Reichstagswahlen am 5.3.1933 brachte der NSDAP mit 43,9% das höchste Prozentergebnis der deutschen Parlamentsgeschichte ein, vor allem im römischgläubigen Süddeutschland. Erzbischof Gröber aus Freiburg konnte Kardinalstaatssekretär Pacelli nach Rom melden, auch in seinem Machtbereich waren eine größere Anzahl rein katholischer Gemeinden mit fliegenden Fahnen zu Hitler übergelaufen.<sup>2)</sup> Die Katholiken wurden von ihren Bischöfen als Hirten bzw. ihrem Glauben ja schon immer weitgehend politisch beeinflußt. Der stark römisch gebundene Reichskanzler Brüning hatte in den Jahren 1930 bis 1932 durch seine Notverordnungs politik und dem „*um ihn aufgebauten Führerkult ein Muster autoritärer Macht*“<sup>43)</sup> geschaffen. Er übte eine Diktatur aus, die bald von anderen nachgeahmt und ausgebaut werden sollte und sich noch weniger an die demokratischen Grundsätze

---

<sup>1)</sup> v. Papen am 11.2.1933 im Berliner Sportpalast, lt. LV 5.3.1933

<sup>2)</sup> Eggert, W.: Israels ... Geheimvatikan, Band 3, 2001, S. 135

<sup>3)</sup> Lewy, G.: Die katholische Kirche und das Dritte Reich, 1965. S. 32

gebunden fühlten. Brüning bekämpfte Ludendorffs Freiheitsbewegung ebenfalls, wodurch er wie die Kirchen Hitler auf den Weg zur Diktatur verhalf.

Weiß man von der damaligen seelischen, geistigen, wirtschaftlichen und politischen Not des deutschen Volkes, dann wundert man sich über das Wahlergebnis vom 5. März keineswegs. Es war ja nicht nur die berechtigte Kommunistenfurcht, die Hitler die Wähler zutrieb: „*In diesem Frühjahr ging es dem Volk wirtschaftlich so schlecht wie nie zuvor. Fast jeder Dritte ging stempeln; von diesen Unglücklichen war wiederum jeder Dritte aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert – was nacktem Hunger gleichkam; das Volkseinkommen betrug nur noch die Hälfte von 1929.*“<sup>4)</sup> Von einem freien Entscheid des Volkes für das „Kabinett der nationalen Erhebung“ Hitlers darf aber keineswegs gesprochen werden. Schon jetzt herrschte nackte, aber auch suggestive Gewalt. Am 19.2.1933 meldete der General:

„*Die Befürchtungen, die wir hatten, zeigen sich nur zu sehr als gerechtfertigt. Der Freiheitskampf hört auf, Terror ist da!*“

In dieser Wahl waren „*alle Regierungsgegner, namentlich die Linksparteien unter nie dagewesene Ausnahmeverbote gestellt. Durch Presse-, Versammlungs-, Sprech-, Plakat-, Fahnen-, Abzeichenverbote für die Gegner konnte die Wahlpropaganda der Regierungsparteien betrieben werden. Durch das Radio besonders wurden Millionen laue Nichtwähler der NSDAP zugeschwemmt, denn die anderen Parteien, abgesehen von der KPD, haben keine bedeutenden Verluste erlitten. Diese ‚Höchstbeanspruchung der Legalität‘ als Grundlage der Wahl können wir als ‚kalte Revolution‘ ansprechen.*“<sup>5)</sup>

Weit Ernsteres war hinzugekommen! Und das war kurz gesagt, die Weimarer Republik hatte keine wahren Parteien aus dem Volk geschaffen, sondern fast nur egozentrische Interessenvertretungen wie die der Kirchen, des Sozialismus, des Logenliberalismus, des Kommunismus oder der aller Welt nach dem Mund redende Hitlerismus. Das mußte zur verhängnisvollen Unpolitik und schließlich in den braunen Gewaltstaat führen. Dem Volk fehlte schlicht und einfach seine Vertretung, mit anderen Worten Frauen und Männer, die allein den Kräften und Werten der Volksseele folgten, etwa wie einst v. Bismarck. Gerade die Jahre 1932/33 beweisen nach dem Versagen der Monarchie und dann des „Führerstaates“ auch das der Republik. Wer folgte denn noch der Reichsverfassung, die sich „*das Deutsche Volk*“, am 11.8.1919 gegeben

---

<sup>4)</sup> wie 2), Seite 134

<sup>5)</sup> Ludendorffs Volkswarte, LV, 12.3.1933, S. 2

hatte, *„einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern“?* Die KPD gehorchte Moskau. Artikel 1 der WRV bestimmte, *„die Staatsgewalt geht vom Volke aus“*, also nicht von der nationalen und internationalen Hochfinanz. Der Artikel 137 besagte *„es besteht keine Staatskirche“*. Doch Zentrum und BVP betrieben unbekümmert eine Politik des Weltgottesstaates. Vor allem das Hitlerkabinett arbeitete vor dem 5.3.1933 mit einer wohl bislang beispiellosen religiös-demagogischen und verfassungswidrigen Propaganda. Im Aufruf vom 1.2.1933 predigte es:

*„Seit diesen Tagen (November 1918) des Verrates hat der Allmächtige unserem Volke seinen Segen entzogen ... Indem der ehrwürdige Herr Reichspräsident uns ... die Hände zum gemeinsamen Bunde schloß, wollen wir als nationale Führer Gott, unserem Gewissen und unserem Volke geloben, die uns damit übertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen ... Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken.“*

Seiner Partei rief Hitler am 30.1.1933 zu:

*„Gebt mir Euer Vertrauen, ... dann wird uns auch der Allmächtige seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht versagen.“* (Völkischer Beobachter (VB), 1.2.1933)

Im Sportpalast in Berlin suggerierte er den Massen:

*„Solange der Allmächtige mich am Leben läßt, wird mein Entschluß und mein Wille, sie (die Marxisten) zu vernichten, ein unbändiger sein ... Um Gott und dem eigenen Gewissen genüge zu tun, ... haben wir uns noch einmal an das Deutsche Volk gewandt ... Amen“* (VB 11./12.2.1933)

Und in der Nürnberger Wahlrede verhiess er am 26.2.1933 wiederum frömmelnd:

*„Ich werde daher, so wahr mir Gott helfen möge, die Einheit des Reiches verteidigen gegen jeden Angriff ... Das Deutsche Volk wird und muß wieder einstimmen in den großen Choral, der heute durch Deutschland geht.“* (VB 27.2.)

Und der bayerische Ministerpräsident Held meinte am 21.2.1933:

„Wer wirklich die Volksgemeinschaft aufbauen wolle, der baue sie am besten, wenn er zunächst die zehn Gebote<sup>6)</sup> Gottes befolge.“ (Frankfurter Zeitung, 22.2.1933)

Selbstredend fehlte nicht der Kardinal. Schon 1920 hatte er ja in seinem Fastenhirtenbrief geklagt, die Verfassung habe „der Wahrheit und dem Irrtum die gleichen Rechte eingeräumt“. Am 10.2.1933 prangerte er erneut die verfassungsrechtliche Grundlage des Staates an:

„Der Satz im 1. Artikel der Verfassung des Deutschen Reiches: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus, ist eine Irrlehre, eine Fälschung des biblischen Satzes: ‚Es gibt keine Gewalt außer von Gott‘ ... Der beste Ausweis der Staatsgewalt ist der Name Gottes ... Oremus, laßt uns beten, daß der Geist Gottes unsre Obrigkeit erleuchte, daß sie nach dem trachte, was recht ist, und die Freiheit der Kirche achte. Laßt uns beten, daß die Männer an der Spitze des Staates nicht sprechen: ‚Der Staat sind wir!‘ ... Daß, wie ein Strahl der Autorität, auch ein Strahl der Weisheit und Gerechtigkeit Gottes über ihnen leuchte.“<sup>7)</sup>

Was der Kardinal unter „Gerechtigkeit Gottes“ verstand, verriet sein Brief an die braune Staatsregierung Bayerns vom 5.5.1933: Er bedankte sich hier verfassungswidrig,

„... daß sich im öffentlichen Leben unter der neuen Regierung manches gebessert hat. Die Gottlosenbewegung ist eingedämmt, die Freidenker können nicht mehr offen gegen Christentum und Kirche toben, die Bibelforscher können nicht mehr ihre amerikanisch-kommunistische Tätigkeit entfalten.“<sup>8)</sup>

Auch Bischof Galen rügte 1932 in „Die Pest des Laizismus“ scharf die Anerkennung der Volkssouveränität durch die Reichsverfassung. Weil sie den Namen ihres Bibelgottes ausgelassen hatte.<sup>9)</sup> Das „autoritäre Führersystem“ entsprach nun einmal der Machtausübung der Priesterherrschaft mehr als das demokratische. So „frohlockte“ denn auch Msgr. Cesare Orsenigo, Nuntius Pius’ XI. in Berlin, „offen“ über Hitlers Machtantritt.<sup>10)</sup>

---

<sup>6)</sup> Zu ihrer moralischen Wertung siehe Mathilde Ludendorff, „Triumph des Unsterblichkeitwillens“, 1973, S. 237 f.

<sup>7)</sup> Bayer. Kurier, 27.2.1933

<sup>8)</sup> Akten Dt. Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Mainz 1968, zit. lt. „Der Theologe“ Ausg. 4.5.1999

<sup>9)</sup> wie 3), S. 31

<sup>10)</sup> wie 3), S. 41

### **Erste staatsrechtliche Anerkennung des Hitlerismus**

Seit Mitte März verhandelte Hitler ununterbrochen mit den bürgerlichen Parteien. Vor allem geschah das mit dem Zentrum und dem Vertrauten Pacellis, Prälat Kaas, einem Konservativen mit autoritären Neigungen. Es ging darum, sie für sein Ermächtigungsgesetz im Gegenzug zu einem Reichskonkordat zu gewinnen, aber auch „um die getätigte ‚Legalität‘ zu legalisieren“.<sup>11)</sup> Pius XI., „beglückt in Hitler eine Persönlichkeit an der Spitze der deutschen Regierung zu sehen, die den kompromißlosen Kampf gegen den Kommunismus und Nihilismus auf ihre Fahne geschrieben habe“ (v. Papen),<sup>12)</sup> hielt seine Parteien im Reich schon längst für überfällig.



*Ludwig Kaas*

---

<sup>11)</sup> wie 5), 19.3.1933

<sup>12)</sup> wie 3), S. 87

„Der Heilige Stuhl interessiert sich viel mehr für die Masse der katholischen Wähler in Deutschland als für die Abgeordneten, die die Partei im Reichstag vertreten hatten. Er bezweifelt die Möglichkeit, die Zentrumspartei als politische Partei wieder hochzubringen, und er war an der Frage auch nicht sonderlich interessiert.“ Wie man zuvor von den Popolari abgerückt war, so sollte jetzt die Zentrumspartei fallengelassen werden.<sup>13)</sup>

Hessen war dann das erste Land, das, unterstützt vom Zentrum, durch ein letztlich verfassungswidriges Ermächtigungsgesetz die „Nationalsozialisierung des Volkes“ weitertreiben konnte:

„Da ja bekanntlich nun wesentliche Teile der Verfassung durch Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 28.2.1933 aufgehoben sind, so ist der ns Diktatur die Bahn freigegeben, sie kann schrittweise sich immer fester über das Deutsche Volk setzen während die Massen suggestiv bearbeitet werden.“<sup>14)</sup>

Am 23.3.1933 erhielt Hitler sein vierjähriges Gesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“. Die 441 Stimmen gegen 64 Stimmen der SPD kamen von der NSDAP, DNVP, dem Zentrum und der BVP – von ihnen und ihrem Herrn hing alles ab, – und der Staatspartei. Brüning selbst wollte zunächst niemals zustimmen, weil dieses Gesetz „das Ungeheuerlichste sei, was je von einem Parlament gefordert worden wäre“, doch fügte er sich schließlich dem Verlangen nach Geschlossenheit der Partei, aber auch wegen der erhofften „freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl“.<sup>15)</sup> Dazu der General als Stimme des Rechtsstaates:

„Der Reichskanzler hat damit diktatorische Gewalt erhalten. Waren durch die Notverordnungen ... die Rechte der Staatsbürger außer Kraft gesetzt, so sind heute die Rechte der Volksvertretung dieser genommen.“<sup>16)</sup>

Die Zweidrittelmehrheit des Parlamentes vertraute den einsuggerierten Zählungserwartungen der Kanzlermacher, aber ebenso Hitlers christlich-frommen Beteuerungen:

„Die Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen den wichtigsten Faktor der Erhaltung des Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren.“

Zu recht urteilte Eggert:

„Nicht der 30. Januar, der Tag, an dem Hitler Kanzler eines Koalitionskabinetts wurde, in dem seine Partei völlig unterrepräsentiert war, machten Hitler zum Diktator über Deutschland. Selbst die Neuwahlen schafften dazu

---

<sup>13)</sup> wie 3), S. 86 Britische Botschaft am 22.4. an sein Außenministerium

<sup>14)</sup> wie 4), 26. 3. 33

<sup>15)</sup> Cornwell. J.: Pius XII., S. 169

<sup>16)</sup> wie 5, 2.4.1933

noch nicht die geeigneten Verhältnisse, die Ministerpostenverteilung blieb die gleiche. Erst die Selbstaufgabe der demokratischen Parteien, von der selbst bedeutende Teile der SPD<sup>17)</sup> nicht auszunehmen sind, brachte den Nationalsozialisten das, was sie späterhin ‚Machtergreifung‘ nannten. Erst mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes konnte der ‚Völkische Beobachter‘ jublieren: ‚Das große Unternehmen nimmt seinen Anfang! Der Tag des 3. Reiches ist gekommen‘.<sup>18)</sup>

Am 24.7.1933 konnte der Völkische Beobachter schreiben:

„Durch die Unterzeichnung des Reichskonkordates ist der Nationalsozialismus in Deutschland von der katholischen Kirche in der denkbar feierlichsten Weise anerkannt worden ... Diese Tatsache bedeutet eine ungeheure moralische Stärkung der ns Reichsregierung und ihres Ansehens.“<sup>19)</sup>



*Unterzeichnung des Reichskonkordats am 20.7.1933 im Rom. In der Mitte (sitzend) für den Heiligen Stuhl Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli. Die Reichsregierung vertrat Vizekanzler v. Papen (2. v. li.). Ganz links Zentrumsführer Kaas. Hinten rechts stehend Monsignore G. B. Montini, der spätere Papst Paul VI.*

Der vom „Cheftheoretiker“ der braunen Außenpolitik, Alfred Rosenberg, 1932 angeregte und von Mussolini im März 1933 bekanntgemachte, schließlich aber nicht ratifizierte Vier-Mächte-Pakt von 1933, gilt auch nach K. D. Bracher als „stillschweigende Anerkennung des ns Regimes

---

<sup>17)</sup> wie 2), S. 139 mit Fußnote: „Seit Anfang 1933 wurde die SPD von einer wahren Austrittswelle überspült. Viele dieser ‚Heimatlosen‘ begaben sich auf direktem Wege in die NSDAP, darunter namhafte Funktionäre ...“

<sup>18)</sup> wie 2), S. 139

<sup>19)</sup> Deschner, Karlheinz: Mit Gott und den Faschisten, 1965, S. 113

und Aufnahme in ein Direktorium der Großmächte“. Dieses Bündnis Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Deutschlands sollte Roms Kreuzzug nach Moskau dienen. Bei seiner Paraphierung im Juni sprach Pius XI. erleichtert von dem bevorstehenden Ende des „Alpdrucks, den für ihn die sowjetische Tätigkeit darstelle“. „Dem Bolschewismus in Europa (würde endlich) ein Riegel“<sup>20)</sup> vorgeschoben werden.

### **„Gleichschaltung“ 1933 auch der Bischöfe**

Nach dem Buhlen Hitlers um die Gunst der für ihn noch unersetzlichen Romkirche bemühte sich die Fuldaer Bischofskonferenz selbst um den Anschluß an die Nationalsozialisten. Hier verlautete es am 28. 3. 1933 wie schon früher erwähnt:

*„Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben wurden, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderten Aufgaben der Kirche Rechnung getragen wird, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen Deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträgen durch die Reichsregierung zugesichert wird. Ohne die in unseren früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter, religiös-sittlicher Irrtümer aufzugeben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.“<sup>21)</sup>*

Dazu Ludendorff: *„Damit haben sich also auch die Deutschen Bischöfe mit der NSDAP ‚gleichgeschaltet‘. Es ist ganz wunderbar, wie alles der ‚Macht‘ zuströmt.“<sup>22)</sup>*

Am 25./ 26.4.1933 konnte der Osnabrücker Bischof Berning den Diözesanvertretern in Berlin über eine „herzliche und sachliche Unterredung“ mit dem Reichkanzler berichten. Der Bischof *„erkannte prinzipiell den jetzigen Staat an ... was nach Gottes Gebot dem Staate und der Obrigkeit gebührt. Die Bischöfe anerkannten freudig, daß durch den neuen Staat das Christentum gefördert, die Sittlichkeit gehoben und der Kampf gegen den Bolschewismus und die Gottlosigkeit mit Energie und Erfolg geführt werde.“* Anschließend äußerte der Bischof aber auch seine Sorgen bezüglich der Schulen, Vereine und Beamten. Wie aus dem Bericht, der auf Wunsch

---

<sup>20)</sup> wie 2), Seite 140f.

<sup>21)</sup> Müller, H.: Katholische Kirche und Nationalsozialismus, 1963, S, 76 f.

<sup>22)</sup> wie 5), 9.4. 33

des „Führers“ aber nicht veröffentlicht werden durfte, hervorgeht, wurde auch über das „*Neuheidentum*“ gesprochen, vor allem über das „*Deutschvolk e. V.*“ und den „*Tannenbergbund e. V.*“. Das schon 1924 Ministerpräsident Held zugesagte Reichskonkordat sollte wohl mit einem widerrechtlichen Verbot der von Rom wie Hitler gefürchteten und verhaßten Ludendorffbewegung erkaufte werden. Schon am 25.2.1933 hatte der Berliner Polizeipräsident die Hindenburgverordnung „zur *Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte*“ (!) „auf Grund des § 9, Abs. 1, Ziffer 5 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. 2. 1933“ benutzen müssen, um „die in Berlin erscheinende periodische Druckschrift ‚*Vor'm Volksgericht*‘ mit sofortiger Wirkung bis zum 20. März 1933 einschließlich“ verbieten zu können. Verschiedentlich wurde in dieser Zeit auch LV beschlagnahmt. Am 2.7.1933 mußte der General weitere Willkürverbote seiner Zeitung in Sachsen, Oldenburg und Braunschweig melden. Sie waren in der Geschichte seiner Bewegung nicht die ersten und blieben in der „*Demokratie*“ nicht die letzten.<sup>23)</sup>

Hitler war bei Bischof Bernings Besuch, als ergebener Katholik, der „*Staatsmann*“ sein wollte und mußte, „*ruhig und sachlich*“. Er begrüßte die Aussprache, „*da ihm ja vielfach der Vorwurf gemacht worden sei, er gehe gegen das Christentum, und der Vorwurf hätte ihn schwer getroffen! Denn er sei auf das festeste davon überzeugt, daß ohne Christentum weder ein persönliches Leben, noch ein Staat aufgebaut werden könne, und besonders der Deutsche Staat sei in seiner Geschichte und bei seinem weiteren Bestande ohne die feste Basis des Christentums gar nicht denkbar. Auf das Volksbewußtsein allein ließe sich auf keinen Fall ein Staat aufbauen, weil ihm die stärkste religiöse und sittliche Grundlage fehlen würde ...*

*Meine persönliche Einstellung zum Christentum: Ich bin durchaus überzeugt von der großen Macht und der tiefen Bedeutung der christlichen Religion und werde infolgedessen keine andere Religionsstiftung zulassen. Deshalb habe ich mich gegen Ludendorff gewandt und von ihm getrennt, deshalb lehne ich ab das Buch von Rosenberg ...*<sup>24)</sup>

Am 6.5.1933 versicherte Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Hitler „*in den Herzen der Gläubigen die Ehrerbietung und den Gehorsam gegen die Obrigkeit als religiöse Tugend zu vertiefen, und zu opferwilliger Mitarbeit am Gemeinwohl alle Kreise des Volkes zu er-*

---

<sup>23)</sup> Duda, G.: Ein Kampf für Freiheit und Frieden – Ludendorffs Tannenbergbund 1925–1933, 1997

<sup>24)</sup> wie 21), S. 116 f.

ziehen“. Der Abschluß des Reichskonkordates am 20. Juli war „das erste in der Geschichte Deutschlands und eines der wichtigsten, die der Heilige Stuhl je abschloß“.<sup>25)</sup>

In einem Geheimschreiben vom 2.7.1933 schrieb v. Papen an Hitler, „daß der Abschluß dieses Konkordates außenpolitisch als ein großer Erfolg für die Regierung der nationalen Erhebung gewertet werden muß“. In einem geheimen Zusatzprotokoll traf er mit dem antibolschewistischen Vatikan noch eine vertragliche Vereinbarung für den Fall der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. „Ich hoffe, daß Ihnen diese Abmachung Freude bereitet!“ Die Grundlage für den christlichen „Befreiungs“-Kreuzzug war damit schon früh gelegt.<sup>26)</sup>

Kardinalerzbischof Bertram aus Breslau sandte dem Kanzler zum 20.7.1933 folgendes Schreiben:

„Anerkennung und Dank aus Anlaß der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten auszusprechen, ist der Zweck dieser Zeilen. Der Episkopat aller Diözesen Deutschlands hat ... soweit es nach der Neugestaltung der politischen Verhältnisse durch Eurer Exzellenz Erklärungen ermöglicht wurde, sogleich die aufrichtige und freudige Bereitwilligkeit ausgesprochen, nach bestem Können zusammenzuarbeiten mit der jetzt waltenden Regierung, die die Gewährleistung von christlicher Volkserziehung, die Abwehr von Gottlosigkeit und Unsittlichkeit, den Opfersinn für das Gemeinwohl und den Schutz der Rechte der Kirche als Leitstern ihres Wirkens aufgestellt hat. Daß die harmonische Zusammenarbeit von Kirche und Staat zur Erreichung dieses hohen Zieles im Reichskonkordat einen feierlichen Ausdruck und feste klare Grundlinien gefunden hat, ist insbesondere, nächst der Weisheit des Heiligen Stuhles, dem staatsmännischen Weitblick und der Tatkraft der Reichsregierung zu verdanken. Mit dem tiefen und herzlichen Dank für die rasche Verwirklichung dieser Vereinigung der höchsten Gewalten verbindet der Episkopat den dringenden Wunsch, daß auch in der Ausführung und Auswirkung ein herzliches und aufrichtiges Entgegenkommen herrschen möge, damit es der Kirche um so leichter werde, die hohen Kräfte unserer heiligen Religion in Förderung von Gottesglauben, Sittlichkeit und treuem Gehorsam gegen die leitenden Autoritäten siegreich zum Wohle von Volk und Vaterland zu entfalten. In tiefer Verehrung Eurer Excellenz ganz ergebener A. Card. Bertram.“<sup>27)</sup>

---

<sup>25)</sup> Spotts, F.: Kirche und Politik in Deutschland, 1976, S. 31

<sup>26)</sup> 19, S. 102

<sup>27)</sup> Preradovich/Stingl: Gott segne „den Führer“, 1985, S. 36f.

Auch der Münchner Erzbischof schrieb dem verehrten Herrn Reichskanzler „einen tiefempfundenen Glückwunsch“:

*„Was die alten Parlamente und Parteien in 60 Jahren nicht fertig brachten, hat Ihr staatsmännischer Weitblick in 6 Monaten weltgeschichtlich verwirklicht. Für Deutschlands Ansehen nach Osten und Westen und vor der ganzen Welt bedeutet dieser Handschlag mit dem Papsttum, der größten und sittlichen Macht der Weltgeschichte, eine Großtat von unermeßlichem Segen. Für das innere Leben des deutschen Volkes kann dieses Abkommen mit dem Oberhaupt der Kirche durch die Sicherung der religiösen Freiheit eine Mehrung des Glaubens und damit eine Mehrung der sittlichen Volkskraft bringen ...Uns kommt es aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler. In aufrichtiger Verehrung Eurer Excellenz Ergebener Kardinal Faulhaber von München.“<sup>(28)</sup>*

### **Schwarz-brauner Pakt**

Sein Schützling von 1924 hatte also Wort gehalten. Rechenschaft für den Schießbefehl an der Feldherrnhalle forderte der ehrgeizige und machtgierige Reichskanzler jedoch nicht. Rom war und blieb ihm zu mächtig. Aber auch die Kirchen brauchten den Hitlerismus. Wie sehr der „Protestantismus“ für ihn warb, erweist beispielsweise das Jenaer „Monatsblatt für das evangelische Haus, Glaube und Heimat“ vom November 1933:

*„Es ist das tröstendste Erlebnis unserer Tage, daß unser Volk – wie dereinst bei Luther, so auch heute bei Adolf Hitler – in seiner ungeahnten Liebe zu seinem Volk und Glaubenshelden sich bekennt. Die gigantische Aufgabe, die Deutschland von seinem Schöpfer gestellt ist, wird uns jetzt erst wieder klar. Das deutsche Volk soll Hort der himmlischen Mächte auf der Erde sein. Es hat die Sendung des Heilands der Welt zu übernehmen und als ein Volk, das seine Burg in Gott hat, sich nicht zu beugen vor der Macht der Menschen.“<sup>(29)</sup>*

In der Reichstagswahl für die Volksvertretungen und den Austritt aus dem Völkerbund vom 12.11.1933 gewann die Regierung 95% der Stimmen. Diese „Mißgeburt einer Wahl“, wie der General sie nannte, ergab sich aus den amtlichen Fälschungen, dem „unerhörten Terror“, aber auch dem Massenwahn durch die Partei und wie soeben aufgezeigt durch die Kirchen. „Aber das Schlimmste war die innere Korruption des

---

<sup>28)</sup> wie 21), S. 170

<sup>29)</sup> wie 27), S. 61

*Volkes und sein Beugen vor neuem Terror.*<sup>60)</sup> Auch diese menschliche Verwahrlosung verantwortete aus seelenkundlichen Gründen die vom Gotterleben tief gestürzte Religion.

Der Kardinal aber hielt in St. Michael im „*deutschen Rom*“ am Ende dieses für unser Volk so verhängnisvollen Jahres, nämlich am 3. Dezember 1933, seine erste Adventspredigt über „*Das Alte Testament und seine Erfüllung im Christentum.*“ Er dankte seinem Gott dafür, daß aus dem öffentlichen Leben unseres Volkes in den letzten Monaten „*viel Sittenlosigkeit*“ mit „*eisernem Besen ausgekehrt wurde*“. Dann wandte er sich – im ersten Jahr der Judenverfolgung seit dem Mittelalter – der Judenfrage zu. „*Trotz aller Führung der Gnade hat Israel die Stunde seiner Heimsuchung nicht erkannt*“. Damit weist er den Juden die Schuld an ihrer Verfolgung zu. Mit „*Sie hatten den Gesalbten des Herren verleugnet und verworfen, zur Stadt hinausgeführt und ans Kreuz geschlagen*“, bedient Faulhaber die gängigen antisemitischen Klichs.

Ausgerechnet diese auch gedruckte Predigt wird er nach dem Kriege als Beweis seiner Widerstandstätigkeit gegen Hitler aufführen! (*Junge Welt*, 15.8.2000, zit. nach MuM, 2000, S. 477)

(wird fortgesetzt)

---

<sup>30)</sup> Ludendorff, E.: Mein Leben, Band 3, 1955, S. 43